



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

Opfer des SED-Unrechtregimes müssen in Zukunft nicht mehr fürchten, dass sie eine Antragsfrist versäumen könnten oder versäumt haben, wenn sie einen Antrag auf Entschädigung stellen wollen. Das Justizministerium hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem alle Rehabilitierungsgesetze entfristet werden. Gerade im Jubiläumsjahr 30 Jahre Mauerfall brauchen wir ein klares Bekenntnis des Bundestages für die Opfer. Diese dürfen nicht ein zweites Mal entrechtet werden.

Nicht zuletzt geht es dabei um das Unrecht, das Kindern und jungen Menschen in Heimen der DDR angetan wurde. Das alles lässt sich zwar nicht mehr ungeschehen machen. Aber wir wollen alles tun, diesen entrechteten Menschen ein Stück ihrer geraubten Würde zurückzugeben.

Am Freitag haben wir die Einführung einer Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres von mindestens 20 Stunden pro Woche beschlossen. Somit haben nun auch Men-

schen die Möglichkeit einen Freiwilligendienst zu absolvieren, die zum Beispiel in familiäre Verpflichtungen eingebunden, oder gesundheitlich beeinträchtigt sind. Außerdem besteht somit auch die Möglichkeit, die Abbruchquoten im Bundesfreiwilligendienst zu senken.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Jugend braucht Perspektive in Europa



Im Rahmen des Fachtages „Jugend im Gespräch mit Politik“, gefördert aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“, diskutierten am Dienstag (18.3.2019) junge Geflüchtete aus dem Landkreis Oder-Spree mit Politikern und Vertretern öffentlicher Träger über ihre ersten Schritte in Deutschland sowie ihre

Zukunftsperspektiven. In verschiedenen Gesprächen machte ich alle Beteiligten darauf aufmerksam, dass Deutschland vor großen Herausforderungen steht, nämlich die Polarisierung unserer Gesellschaft zu vermeiden. Denn in einer demokratischen Gesellschaft müssen wir alle Menschen mitnehmen und

wachsende Unzufriedenheit mit einer ausgeglichenen Politik, die auf der Grundlage des Grundgesetzes basiert, begegnen. Und dafür brauchen wir einen klaren Unterschied zwischen Asylbedürftigen bzw. Schutzbedürftigen und Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben und aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Letzteres kann sich Deutschland nicht leisten. Stattdessen müssen wir wesentlich aktiver zusammen mit anderen Staaten kooperieren und in eine nachhaltige Entwicklungshilfe investieren.

Nr. 29/19. WP
22.März 2019

Das Vorgehen der AfD ist ein Bumerang

Am Donnerstagabend habe ich in der von der AfD beantragten Aktuellen Stunde zum Fall des zeitweise in Venezuela inhaftierten Journalisten Billy Six folgende Rede gehalten:

Das ist wahrhaftig eine Aktuelle Stunde, die uns die Situation unseres Parlaments sehr eindrücklich vor Augen führt. Als die Aktuelle Stunde angesetzt wurde, war ich eigentlich sehr betroffen, und ich habe gefragt: Muss das sein? Was wird das bewirken? Werden wir uns weiter entzweien? – Ich selber war mit dem Fall vorher befasst. Heute nach der Debatte muss ich sagen: Gott sei Dank gibt es diese Aktuelle Stunde; denn sie hilft, klar vor Augen zu führen, wer hier was denkt und was sagt. Ich will gar nicht alles wiederholen, was in der Debatte alles gesagt wurde. Aber ich schließe mich den Argumenten meiner Vorredner, die mit der AfD ins Gericht gegangen sind, an. Verehrte Kollegen von der AfD, ich sage Ihnen: Das ist ein Bumerang. Wie wollen Sie damit in der Öffentlichkeit weiter umgehen? Wie wollen Sie weiter damit umgehen, Herr Bystron, wenn Sie solche beleidigenden Unterstellungen, die durch Fakten einfach widerlegt werden können, gegenüber der Regierung vorgebracht haben?

Wir haben es gehört; der Staatsminister hat Fakt um Fakt aufgezählt. Das sind Beweise.

Die Reporter ohne Grenzen, die nun wirklich nicht verdächtig sind, dass sie einer Regierung dienlich sein wollen, haben den Fall sehr klar analy-

siert und das Wirken der Regierung in Venezuela beschrieben. Sie stehen Ihnen zur Verfügung, wenn Sie sich objektiv informieren wollen.



Ich habe – ich sage das jetzt als Mitglied der AG Menschenrechte und des Menschenrechtsausschusses – am 30. Januar von den Eltern einen Brief bekommen. Ich habe am 31. Januar einen Brief an den Präsidenten geschrieben und ihn mit all den Argumenten, die zur Verfügung standen, gebeten, dass er das Ansehen seiner Person und seines Staates nicht dadurch verletzen soll, indem er so mit einem Reporter umgeht.

Ich habe die Eltern sofort über den Brief informiert. Wir haben dann, etwa am 14. Februar, auf Anregung unseres AG-Vorsitzenden eine ausführliche Information vom Auswärtigen Amt in unsere Arbeitsgruppe bekommen. Es wurde noch mal über den Fall geredet. Meine Anfrage ging auch sofort ans Auswärtige Amt, und wir haben uns immer erkundigt, ob das Auswärtige Amt informiert ist oder nicht.

Die Reporter ohne Grenzen haben gesagt: Am 13. Dezem-

ber wurde es Herrn Six das erste Mal erlaubt, zu telefonieren. Das hat er durch einen Hungerstreik erzwungen. Dann ging eigentlich die Aktivität der Botschaft los; ich will die Fakten nicht alle wiederholen. Aber: Wir können doch nicht so mit der Wahrheit umgehen, nur weil wir daraus politisches Kapital ziehen wollen. Das bringt uns alle miteinander nicht weiter, aber das wollen wir doch. (Armin-Paulus Hampel [AfD]: Herr Patzelt, sagen Sie es: Lügt der Junge?)

Ich habe nicht gesagt, dass er gelogen hat. Ich bin von dem ausgegangen, was Sie heute hier vorgetragen haben, von nichts anderem. Meine Kollegen aus dem Menschenrechtsausschuss haben sich dann in ihrer Weise verwendet. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat sich sofort mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt und hat überprüft. Und wissen Sie: Das Auswärtige Amt ist keine GSG-9-Einsatzgruppe. Die können nicht mit Gewalt etwas erzwingen, aber sie haben jahrzehntelange Erfahrung, wie man auf diplomatischem Wege Menschen freibekommt.

Wem Sie bei der Mythenbildung das eigentliche Verdienst zurechnen wollen, das überlasse ich Ihrer Fantasie und Ihrer Deutung. Das ist eigentlich auch nicht – das wurde bereits gesagt – die entscheidende Frage, sondern entscheidend ist, dass Herr Six frei und unter uns ist. Wir von der CDU/CSU-Fraktion – ich weiß nicht, wie das in anderen Fraktionen

Fortsetzung meiner Rede

war; ich vermute, auch so – haben uns unabhängig davon, wo Herr Six politisch steht und für wen er berichtet, konsequent für ihn eingesetzt, wie wir uns in gleicher Weise für alle Journalisten einsetzen.

Das heißt, wir stehen an der Seite von all denen, die in Bedrängnis geraten, und zwar unabhängig von ihrem politischen Bewusstsein. Ich würde Ihnen dringend empfehlen: Wenn wir hier miteinander wirklich in eine vertrauensvolle Zusammenarbeit kommen sollen, dann müssen Sie bestimmte Prinzipien des Mitei-

ners und der Faktenbewertung akzeptieren; würde ich jedenfalls sagen.

Noch ein Wort zum Schluss; ein paar Sekunden habe ich noch. Mir ist dabei die Frage eingefallen: Wie gehen Sie eigentlich mit der Freiheit von Journalisten in unserem Land um? Man kann auch eine ideologische Gefangenschaft von Journalisten provozieren, indem man sie als Lügenpresse bezeichnet und ihnen die Verbreitung von Unwahrheiten unterstellt. Wir sind froh über den Abstand, den wir Politiker von den Journalisten haben.

Wir wollen keine Hauspresse haben. Wir glauben, dass in einem demokratisch geordneten Gemeinwesen die Medien eine außerordentlich große Bedeutung haben. Sie sollen sich nicht in die Abhängigkeit von einer Partei, einer Fraktion oder sonst jemandem bringen. Das ist unser Schutz für unsere Demokratie, für Ihre Ziele und für unsere Ziele. Ich kann nur empfehlen: Überlegen Sie sich, wie Sie mit der Presse öffentlich umgehen. Danke.

Verbesserungen beim Kinderzuschlag

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag das „Starke-Familien-Gesetz“ verabschiedet. Damit verbessern wir die Situation von Kindern in Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Insbesondere profitieren Alleinerziehende von der neuen Regelung. Mit dem Gesetz schützen wir wirksamer vor Armut, sichern den Bedarf von Kindern und sorgen dafür, dass sich Erwerbstätigkeit auch bei kleinen Einkommen lohnt.

Zu den Maßnahmen gehört zum einen die Erhöhung des Kinderzuschlages. Der wird zum 1. Juli von 170 auf 185 Euro angehoben. Zudem wird er für Alleinerziehende, die das größte Armutsrisiko in unserem Land tragen, deutlich entbürokratisiert. Zu Beginn des kommenden Jahres entfallen die oberen Einkommensgrenzen für den Bezug des Kinderzuschlages. Im Weiteren wird das Einkommen der Eltern dann nur noch zu 45 statt wie bisher zu 50 Prozent angerechnet.

Zum 1. August steigt der Zuschuss durch das Schulstar-

terpaket von 100 auf 150 Euro. Die monatliche Teilhabeleistung wird von 10 auf 15 Euro erhöht. Die Eigenanteile der Eltern für das gemeinsame Essen in Kita und Schule sowie für die Schülerfahrkarte fallen weg. Damit werden Eltern nicht nur finanziell entlastet. Sie werden auch von einem großen Teil Bürokratie befreit.

Bislang hatten etwa 800.000 Kinder Anspruch auf den Kinderzuschlag. Durch die Reform steigt der Anteil auf rund zwei Millionen. Allein in diese Maßnahme investiert der Bund eine Milliarde Euro bis 2021. Weitere 880 Millionen entfallen auf den Ausbau des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Mit dieser Maßnahme, aber auch mit der Erhöhung des Kindergeldes und den fünf Milliarden Euro für die Verbesserung der Kitas zeigt die Große Koalition, dass sie alles tut, damit Deutschland ein familienfreundliches, ein familiengerechtes und somit ein lebenswertes Land bleibt.

ArcelorMittal

Am Freitag (22.03.2019) fand eine außerordentliche Betriebsversammlung von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt statt. Der Grund dafür ist die geplante Umstrukturierung im Flachstahlsektor, die für die Zukunft des Standortes Eisenhüttenstadt eine Gefahr darstellt. Mit 2.700 Beschäftigten ist das Werk in Eisenhüttenstadt für Ostbrandenburg und insbesondere die Stadt Eisenhüttenstadt von außerordentlicher Bedeutung. Bezugnehmend auf aktuelle Informationen zur geplanten Umstrukturierung im Fachstahlsektor in Eisenhüttenstadt verfolge ich mit großer Aufmerksamkeit die Situation um das Stahlunternehmen.

Aufgrund des internationalen Konkurrenzdrucks, des zurückgehenden Bedarfes und der Dumping-Preise aus China muss der Konzern alles tun, auch ggf. eine Strukturveränderung, um die Wettbewerbsfähigkeit auf dem weltweiten Stahlmarkt aufrechtzuerhalten. Dabei hat die Sicherung des Stahlstandorts Eisenhüttenstadt höchste Priorität.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Dr. Anya Quilitzsch
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Intensiver Einsatz für die Menschenrechte



Während meines freiwilligen Praktikums im Büro des Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt konnte ich einen Einblick in den parlamentarischen Alltag bekommen und meine Kenntnisse in der Arbeitsweise des Deutschen Bundestages vertiefen.

Ich hatte das Glück, dass mein Praktikum zu dem Zeitpunkt der parlamentarischen Sitzungswochen stattfand und ich die Arbeit des Abgeordneten und seiner Büro-Mitarbeiter*innen in dieser intensiven Zeit miterleben durfte. So bot sich die Gelegenheit, Herrn Patzelt zu seinen Arbeitsgruppen und Ausschüssen zu begleiten

und seine Arbeit inklusive der inhaltlichen Vorbereitung der Gesetzesvorlagen und der Beschlüsse des Plenums näher kennenzulernen. Ein besonderes Highlight meines Praktikums war der NGO-Empfang der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei dem ich nicht nur teilnehmen durfte, sondern auch mitgeholfen habe. Ich war ganz stolz, als Praktikantin des Bundestagsbüros Patzelt dabei sein zu dürfen. Herr Patzelt, der unter anderem der Berichtersteller für Presse- und Meinungsfreiheit und für Staaten, die systematisch Freiheitsrechte verletzen,

ist, setzt sich aktiv für die Menschenrechte weltweit ein. Außerdem durfte ich Herrn Patzelt und seine Bundestagskollegen zum Treffen mit der Nichtregierungsorganisation Veto!, die die Menschenrechtsverteidiger in Vietnam unterstützt, begleiten.

Es hat mich sehr gefreut, dass mir ein Praktikum im Bundestag ermöglicht wurde. Ich möchte mich ganz herzlich bei Herrn Patzelt und auch bei seinen Mitarbeiter*innen, Dr. Maria Blömer, Katja Frenkel, Oleksii Kysliak und Helmut Uwer für die exzellente Betreuung und Unterstützung bedanken.

Oleksandra Petrova